



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundesamt für Energie BFE  
Office fédéral de l'énergie OFEN  
Ufficio federale dell'energia UFE  
Uffizi federal d'energia UFE



© BFE

# AKTUELLE ENTWICKLUNGEN IN DER ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK





# VERSORGUNGSSICHERHEIT

## VOLATILE LAGE

Thema **Versorgungssicherheit** prägend für die Energiepolitik im letzten Jahr

- Hohe **Volatilität** an den Strommärkten
- Versorgungslage angespannt, Stromversorgung derzeit gewährleistet

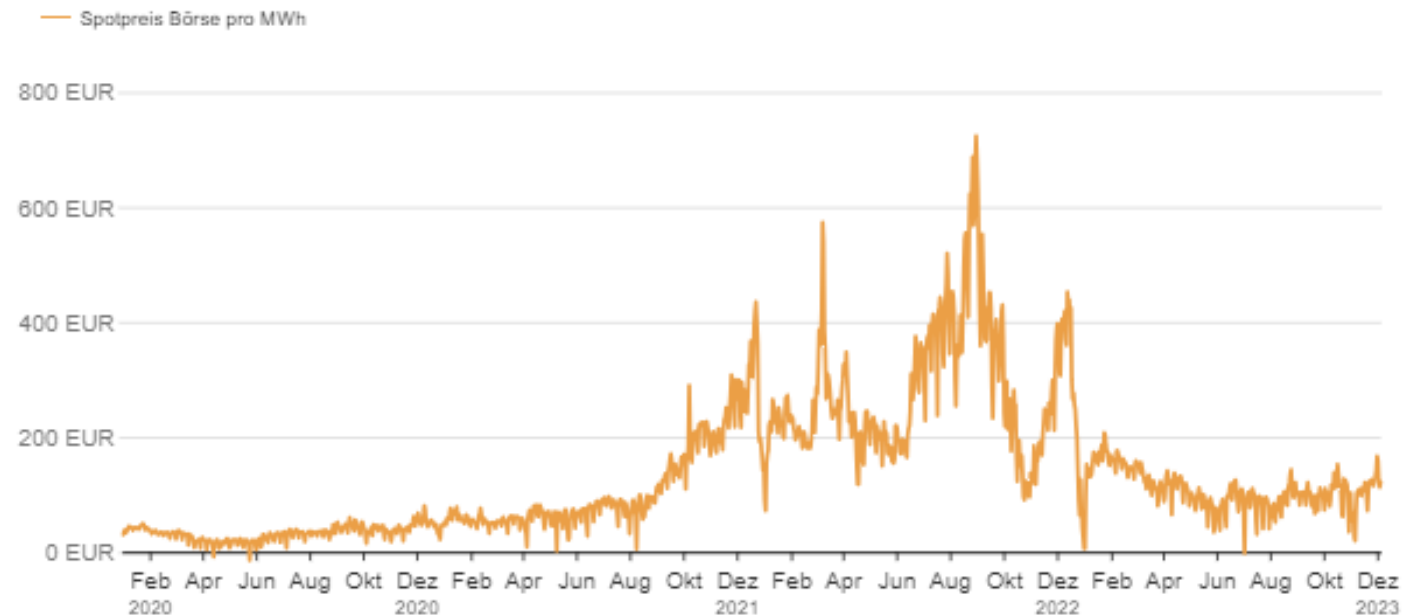
**! ⚡ Versorgungslage angespannt**

Die Stromversorgung ist derzeit gewährleistet.

Die Stromversorgung ist derzeit gewährleistet. Tragen Sie zur Versorgungssicherheit der Schweiz im Winter bei und vermeiden Sie Energieverschwendung, indem Sie unsere [Energiespartipps](#) anwenden.

Strompreis Spotmarkt «Day Ahead» Base Schweiz

Tägliche Aktualisierung - Stand 04.12.2023



Quelle: [www.energiesdashboard.admin.ch](http://www.energiesdashboard.admin.ch)  
Stand 28.11.2023

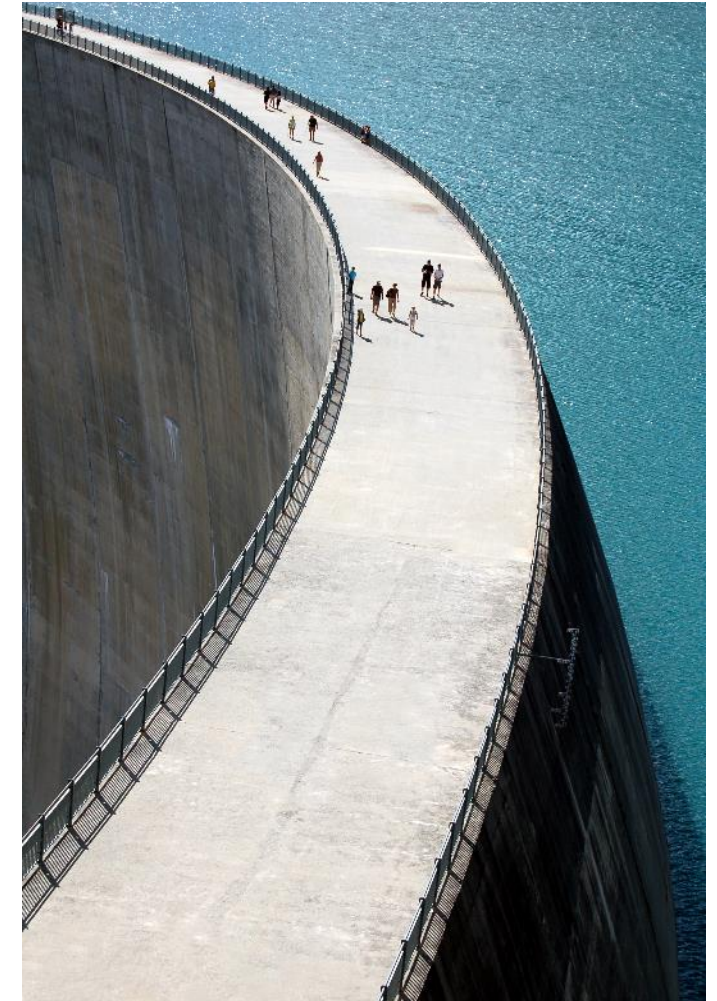


# VERSORGUNGSSICHERHEIT KURZFRISTIGE MASSNAHMEN

Zahlreiche **Massnahmen** zur **Stärkung der Versorgungssicherheit** innert kurzer Frist aufgegleist (Auswahl):

- Winter-Energiespar-Initiative, Energiespar-Alliance
- Wasserkraftreserve, Reservekraftwerke, Notstromgruppen
- «Rettungsschirm» für systemrelevante Stromunternehmen
- Mehr Transparenz in Energiegrosshandelsmärkten
- Erhöhung Kapazitäten im Übertragungsnetz, Reduktion Restwasserabgabe

**Verschiedene Massnahmen werden weiterentwickelt**



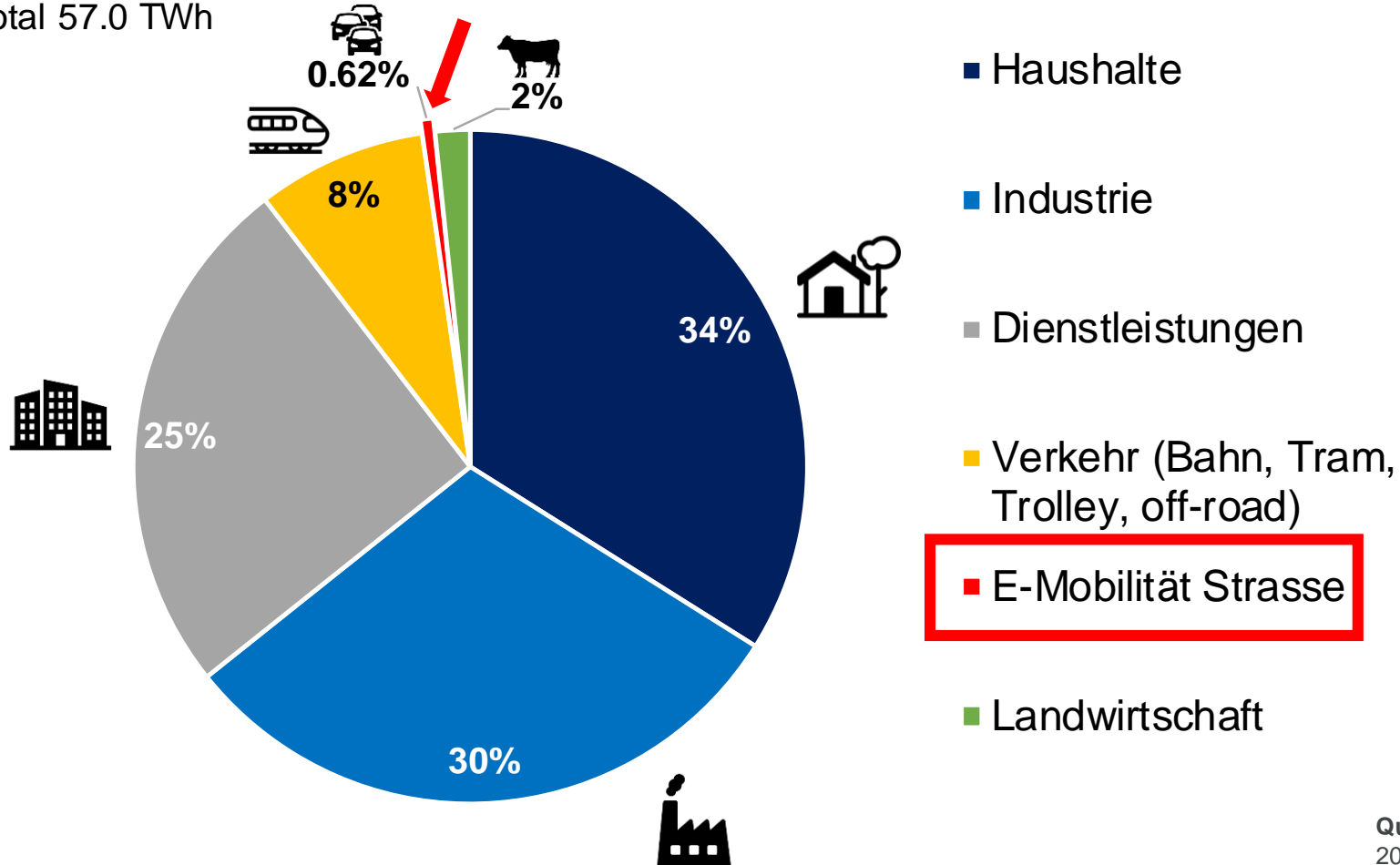


# STROMVERBRAUCH IN DER SCHWEIZ 2022

## BEDEUTUNG DER E-MOBILITÄT

### Stromverbrauch Schweiz 2022

Total 57.0 TWh



Quelle: Bundesamt für Energie BFE Gesamtenergiestatistik 2022, Elektrizitätsstatistik 2022



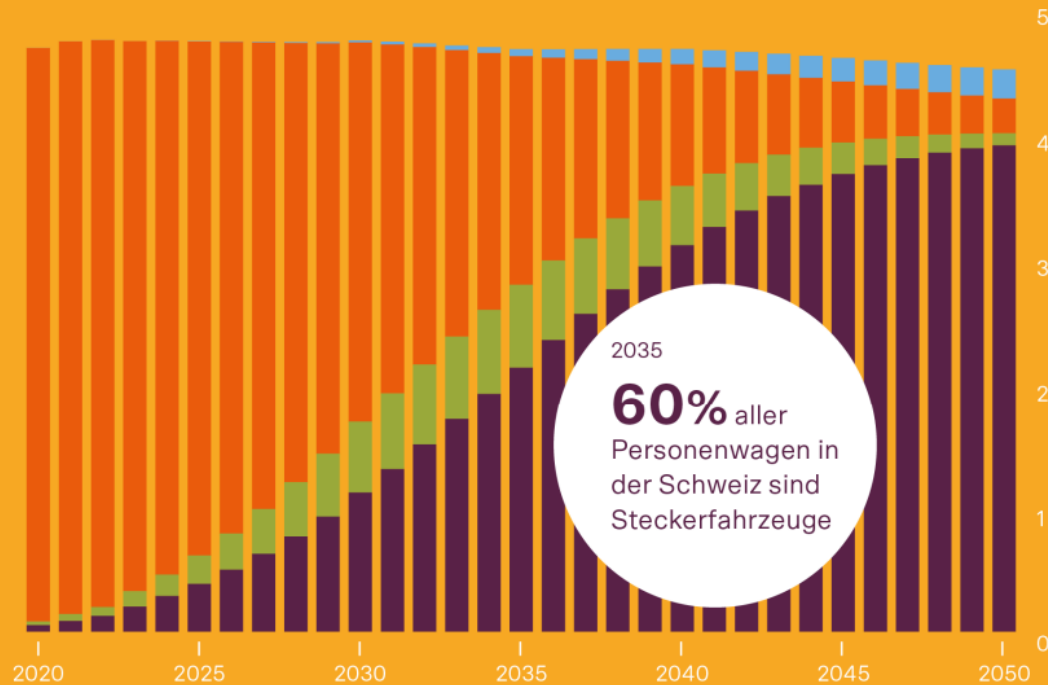
# NEUSTE ENTWICKLUNGEN ELEKTROMOBILITÄT

## Antriebsarten im Bestand

Personenwagen bis 2050

[Anzahl Fahrzeuge in Millionen]

- H<sub>2</sub>-Brennstoffzelle
- Verbrennungsmotor
- Plug-in-Hybrid
- **Batterie-**  
**elektrisch**



Daten beziehen sich auf die gesamte Schweiz.

Quelle: Bundesamt für Energie (2023), Verständnis Ladeinfrastruktur 2050 – Wie lädt die Schweiz in Zukunft?

Quelle: Bundesamt für Energie Verständnis Ladeinfrastruktur 2050, <https://www.laden-punkt.ch/de/werkzeuge/verstaendnis-ladeinfrastruktur-2050/>

- Bereits 2035 über 2 Mio. batterieelektrische Personenwagen
- Zahl aller Steckerfahrzeuge dürfte bis 2050 auf 4 Millionen steigen
- Aufbau Ladeinfrastruktur schwerpunktmässig in den nächsten 10 bis 15 Jahren
- Mix an Ladeoptionen nötig (Laden zuhause, am Arbeitsplatz, im Quartier, am Zielort, Schnell-Laden):
- Gesamtenergiebedarf durch Elektrifizierung deutlich reduziert - gleichzeitig nimmt Strombedarf zu

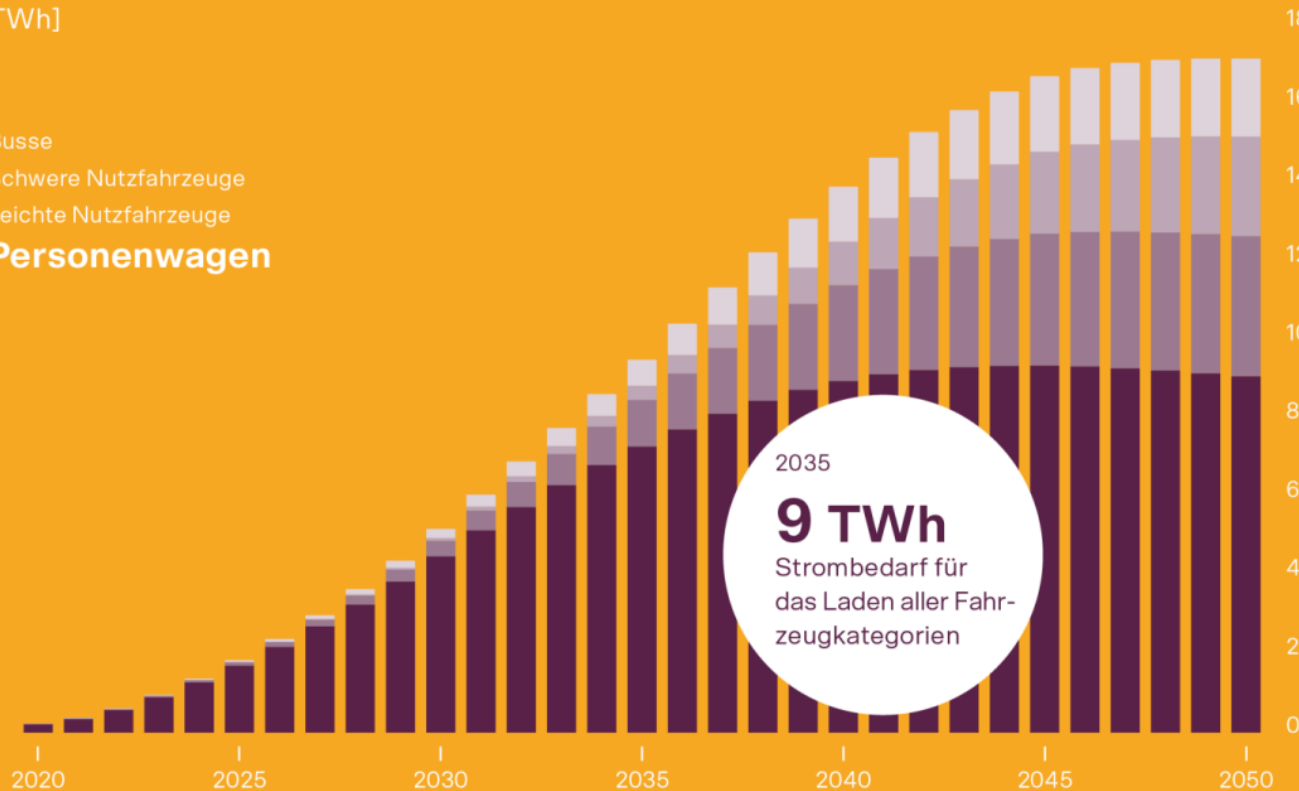


# STROMVERBRAUCH ELEKTROMOBILITÄT IM STRASSENVERKEHR 2020 BIS 2050

## Ladestrombedarf im Strassenverkehr bis 2050

[in TWh]

- Busse
- Schwere Nutzfahrzeuge
- Leichte Nutzfahrzeuge
- **Personenwagen**



Daten beziehen sich auf die gesamte Schweiz.

Quelle: Bundesamt für Energie (2023), Verständnis Ladeinfrastruktur 2050 – Wie lädt die Schweiz in Zukunft?

- **2035:** 9 TWh (ca. 15% des Verbrauchs in der Schweiz)
- **Gesamtstromverbrauch Strassenverkehr 2050:** ca. 25% des heutigen Strom-verbrauchs in der Schweiz

**Quelle:** Bundesamt für Energie Verständnis Ladeinfrastruktur 2050, <https://www.laden-punkt.ch/de/werkzeuge/verstaendnis-ladeinfrastruktur-2050/>



# MANTELERLASS

## ZENTRALE ENERGIEPOLITISCHE VORLAGE

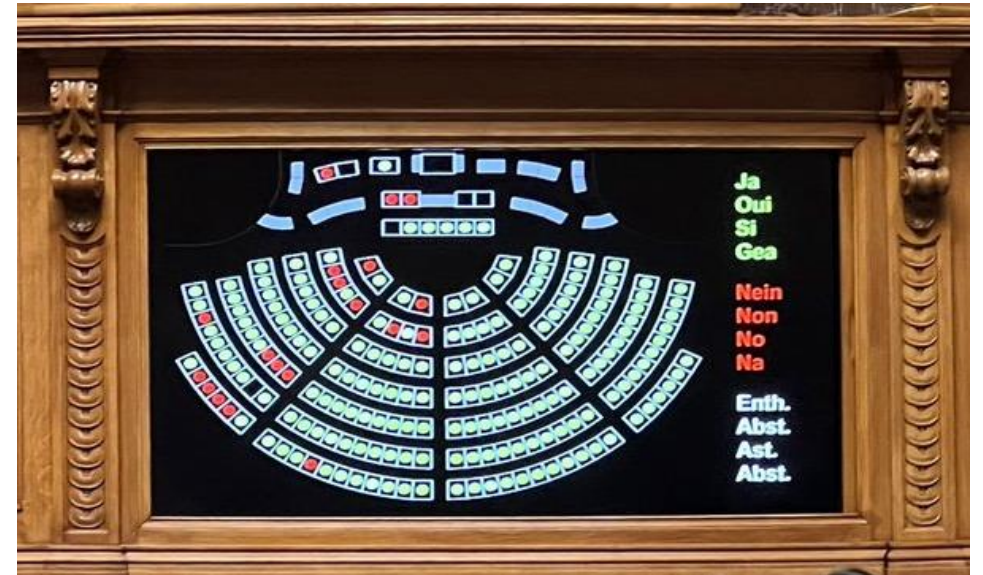
**Mantelerlass** am 29. September 2023 beschlossen

### Bundesrat:

Im Juni 2021 Überweisung Botschaft zum *Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien*. Sogenannter Mantelerlass mit Revisionen des Energie- und des Stromversorgungsgesetzes.

### Parlament:

Stimmt dem Gesetz am 29. September 2023 nach gut zweijähriger Beratung bei jeweils 0 Enthaltungen mit 177:19 Stimmen (Nationalrat, Bild rechts) und 44:0 Stimmen (Ständerat) zu.







# MANTELERLASS

## ZENTRALE ENERGIEPOLITISCHE VORLAGE

---

Versorgungssicherheit

Zubau erneuerbare  
Stromproduktion

Energieeffizienz

Innovation  
Integration  
Netze

Vier **Themenbereiche** der Vorlage:

- Stärkung der **Stromversorgungssicherheit** (Winter)
- Ausrichtung des Stromsystems auf das Netto-Null-Klimaziel und damit **beschleunigter und verstärkter Ausbau der erneuerbaren Energien**
- Stärkung der **Energieeffizienz**
- **Systemintegration** der dezentralen Energiequellen und Stärkung der **Innovation**



# MANTELERLASS KLARE AUSRICHTUNG DURCH LANGFRISTIGE ZIELE



Ziele für den Produktionszubau und für den Verbrauch (Art. 2 und 3 EnG)

Verbindliche Ziele für 2035 und 2050.

Beschleunigter und verstärkter Ausbau der erneuerbaren Energien.

Ambitionierte Verbrauchsziele trotz weitgehender Elektrifizierung (Dekarbonisierung von Verkehr und Gebäude).

	2035	2050
Erneuerbare Energien ohne Wasserkraft	35 TWh	45 TWh
Wasserkraft (Nettoproduktion)	37.9 TWh	39.2 TWh
Elektrizitätsverbrauch pro Person und Jahr	- 13% ggü. 2000	- 5% ggü. 2000
Energieverbrauch pro Person und Jahr	- 43% ggü. 2000	- 53% ggü. 2000



# MANTELERLASS WELCHE AUSWIRKUNGEN FÜR DIE E-MOBILITÄT?

## Mantelerlass und Elektromobilität

- Zentrales Element des Mantelerlasses: **Zubau erneuerbarer Energien** als zentrale Voraussetzung für den Markthochlauf der Elektromobilität
- **Mehr Effizienz:** durch Informationen, aber auch Effizienzmassnahmen der Energieversorger
- Mehr **Flexibilität:** netzdienliche Nutzung der Flexibilität, Endverbraucher wie auch Speicherbetreiber können ihre Flexibilität anbieten gegen Vergütung
- Nutzung von **Speichern:** Rückerstattung des Netznutzungsentgelts für Speicher mit Endverbrauch (z.B. Elektroautos) im Umfang des zurückgespiessenen Stroms





# MANTELERLASS

## AUSBLICK

---

### Gesetz

- **Referendumsfrist:** 18. Januar 2024
- Allfällige Volksabstimmung: voraussichtlich Juni 2024
- **Inkrafttreten:** Vorgesehen per 1. Januar 2025

### Verordnungsbestimmungen

- Für Umsetzung sind diverse Konkretisierungen auf Verordnungsstufe notwendig (z.B. Förderinstrumente, LEG, Effizienzmodell, Netzverstärkungen, Netznutzungsentgelt-Rückerstattung für mobile Speicher wie E-Autos...)
- Start der Vernehmlassung geplant auf Anfang Februar 2024





# WEITERE GESCHÄFTE BESCHLEUNIGUNG AUSBAU ERNEUERBARE ENERGIE & NETZE

## Bundesrat

- **Beschleunigungserlass EE**
  - Botschaft im Juni 2023 vom Bundesrat ans Parlament überwiesen
- **Beschleunigung Um- und Ausbau Netze**
  - Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage im 2024

## Parlament

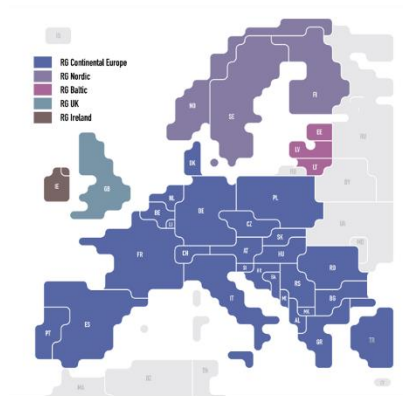
- **«Solaroffensive»**
  - Befristete Unterstützung von grossen alpinen PV-Anlagen
- **«Windexpress»**
  - Beschleunigung des Baus von Windkraftanlagen durch vereinfachte Baubewilligungsverfahren





# WEITERE GESCHÄFTE STROMABKOMMEN

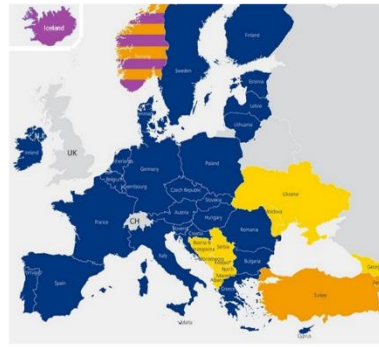
Strommärkte und die Strominfrastruktur der Schweiz und ihrer Nachbarstaaten sind **eng** miteinander verflochten.



Physisch /  
Synchronzonen

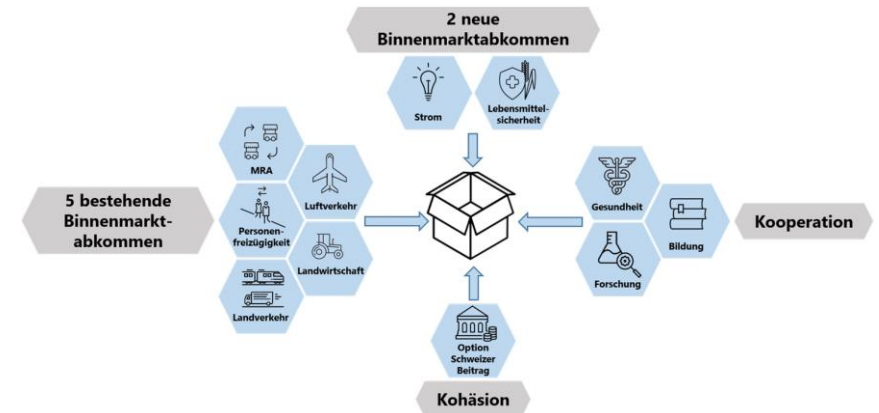


Kommerziell /  
Market Coupling



Rechtlich / Institutionell

Quellen: ENTSO-E,  
Energy Community



**November 2023:** BR beschliesst, ein **Verhandlungsmandat** mit der EU zu erarbeiten. Arbeiten zu einem **Stromabkommen** werden wieder aufgenommen.



# KLIMAPOLITIK

## KLIMASCHUTZGESETZ

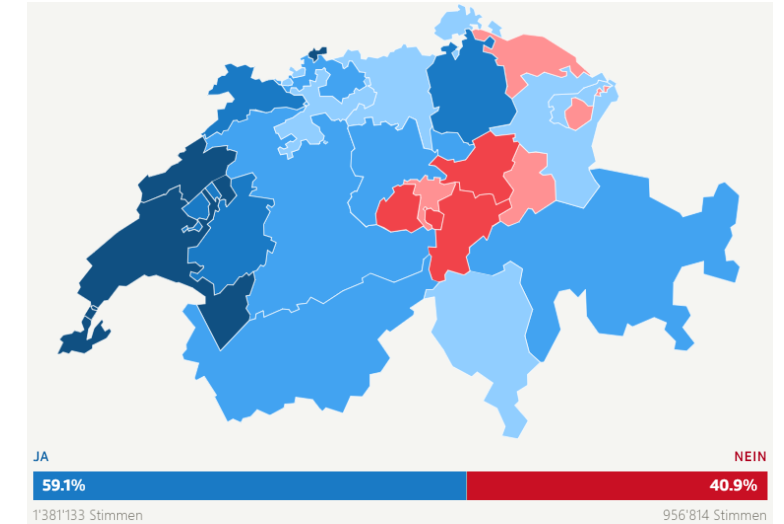
Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (KIG)

- Indirekter Gegenvorschlag zur «Gletscher-Initiative»
- Langfristiges **Rahmengesetz**
- **Stimmvolk sagt am 18. Juni 2023 mit 59,1 Prozent Ja**

Das KIG ...

- Verankert **Netto-Null Ziel für 2050** im Gesetz
- Setzt **Richtwerte** für einzelne Sektoren. **Verkehr**: 2040: -57%, 2050: -100%
- Enthält Massnahmen, um den **Energieverbrauch zu senken**: u.a. Förderung Ersatz von Elektrowiderstandsheizungen & fossilen Heizungen durch effiziente, erneuerbare Heizsystemen
- Unterstützt Unternehmen bei **Investitionen in innovative Technologien** zur Emissionsreduktion
- Enthält **keine Verbote oder neue Abgaben**

Tritt per **1. Januar 2025** in Kraft





# KLIMAPOLITIK REVIDIERTES CO<sub>2</sub>-GESETZ

Am 16. September 2020 verabschiedet der Bundesrat die **Botschaft zum revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz**

- Neue Revision nach Volksabstimmung im Juni 2021
- **Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren**
- Mehr Anreize statt Abgaben
- Förderbeiträge im Gebäude- und Verkehrsbereich

**Beratung im Ständerat (Erstrat) abgeschlossen,  
aktuell Beratung im Plenum Nationalrat  
(20./21.12.2023)**

**Schweizerische Eidgenossenschaft**  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Der Bundesrat

## Klimapolitik: Bundesrat verabschiedet Botschaft zum revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz

Bern, 16.09.2022 - Der Bundesrat will den Treibhausgas-Ausstoss bis 2030 halbieren und das Klimaziel 2030 erreichen. Er hat zu diesem Zweck am 16. September 2022 die Botschaft zum revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz für die Zeit von 2025 bis 2030 verabschiedet. Die Vorlage nimmt die Bedenken bei der letzten Revision auf und enthält keine neuen oder höheren Abgaben. Stattdessen setzt sie auf eine gezielte Förderung, um Investitionen in klimafreundliche Lösungen zu lenken. Im Vordergrund stehen Massnahmen, die es der Bevölkerung ermöglichen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss zu senken. Gleichzeitig stärkt die Vorlage die Schweizer Energieversorgung und reduziert die Abhängigkeit der Schweiz von Öl und Erdgas.

Mit dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz will der Bundesrat die Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Es knüpft an das geltende CO<sub>2</sub>-Gesetz an, welches das Parlament bis 2024 verlängert hat, und umfasst die Massnahmen für die Zeit von 2025 bis 2030. Die Vorlage trägt den Ergebnissen der Vernehmlassung und der Volksabstimmung von Juni 2021 Rechnung. Sie verzichtet auf neue Abgaben und setzt stattdessen auf wirkungsvolle Anreize, die durch gezielte Förderungen und Investitionen ergänzt werden.

Mit der Vorlage kann der Bund zwischen 2025 und 2030 insgesamt rund 4,1 Milliarden Franken in den Klimaschutz investieren. Ein grosser Teil der Investitionen, nämlich rund 2,8 Milliarden Franken, steht für Klimaschutzmassnahmen im Gebäudebereich bereit. Zudem wird der Ausbau von Fernwärmenetzen finanziell unterstützt. Im Verkehrsbereich sieht die Vorlage Mittel von rund 800 Millionen Franken vor. Dieses Geld fliessen namentlich in den Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos, die Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Verkehr und die Förderung von internationalen Zugverbindungen. Die Vorlage geht insbesondere mit dem Gebäudebereich und der Mobilität Sektoren an, die für den Klimaschutz zentral sind. Gleichzeitig stärkt die Vorlage die Schweizer Energieversorgung. Sie sorgt dafür, dass weniger Öl und Erdgas verbraucht werden. Dadurch reduziert sich in diesem Bereich die Abhängigkeit der Schweiz von Lieferungen aus dem Ausland.

**Gebäude: Zusätzliche Mittel für Heizungsersatz**

Die CO<sub>2</sub>-Abgabe, die auf fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas erhoben wird, bleibt bei 120 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub>. Neu sollen die Mittel aus der Abgabe bis knapp zur Hälfte in Klimaschutzmassnahmen investiert werden können. Dafür wird die Teilzweckbindung befristet bis 2030 angehoben. Die Bevölkerung und die Wirtschaft erhalten die andere Hälfte der Abgabe zurück.

Die Mittel für die Klimaschutzmassnahmen fliessen wie bisher in das Gebäudeprogramm, den Technologiefonds und die Förderung von Geothermie. Neu können auch Biogasanlagen und Gemeinden bei ihrer Energieplanung unterstützt werden. Der Technologiefonds soll weiterhin innovativen Schweizer Firmen mit Bürgschaften zu Fremdkapital verhelfen und neu Risiken beim Ausbau von Fernwärmenetzen absichern.

**Mobilität: Effizientere Fahrzeuge und Förderung von Ladestationen**

**Quelle:** UVEK 16. September 2022  
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-90389.html>

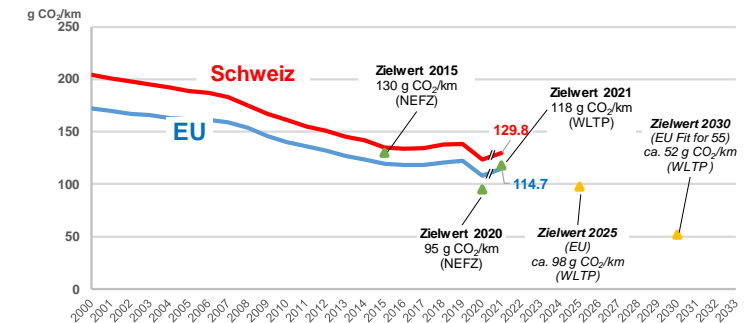




# KLIMAPOLITIK

## ECKWERTE CO<sub>2</sub>-GESETZ FAHRZEUGE

- **Förderung Ladeinfrastruktur für Elektroautos 2025-2030**  
(in Mehrparteiengebäuden, bei Unternehmen und auf öffentlichen Parkplätzen)
- **Anpassung CO<sub>2</sub>-Zielwerte für Neufahrzeuge**  
Personenwagen, Lieferwagen, LKW (analog Beschlüssen der EU bis 2030)
- **Ab 2026 stufenweise Aufhebung Steuerprivileg für Dieselsebusse im ÖV + Förderung Anschaffung Elektrobusse im Orts- und Regionalverkehr**
- **Kompensationspflicht und neu eine Überführungspflicht für erneuerbare Treibstoffe** für Treibstoffimporteure





# KLIMAPOLITIK ENTSCHEIDE STÄNDERAT 27.9.2023 UND KOM. NATIONALRAT 8.11.2023

energate messenger energate messenger.ch

SCHWEIZ DEUTSCHLAND EUROPA INTERNATIONAL

CO2-GESETZ  
**STÄNDERAT GEGEN WEITERGEHENDE LADESTATIONEN-FÖRDERUNG**

SCHWEIZ 29.09.2023 - 10:14 AUF MERKLISTE SETZEN DRUCKEN

VON MARCEL JUD



Blick in den Ständerat. Das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz für die Zeit nach 2024 soll die Bevölkerung zum Klimaschutz bewegen und die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. (Foto: Parlamentsdienste 3003 Bern)

Bern (energate) - Der Ständerat hat der Neuauflage des CO<sub>2</sub>-Gesetzes kurz vor Legislaturende mit 34 zu null Stimmen zugestimmt - aber mit Abstrichen. Die Vorlage geht nun weiter in den Nationalrat. Die kleine Kammer hatte bereits Anfang der Woche bei den Beratungen der Vorlage ein höheres CO<sub>2</sub>-Inlandsreduktionsziel sowie ambitioniertere CO<sub>2</sub>-Zielwerte bei Fahrzeugen abgelehnt. Auch war sie bei den Mitteln für das Gebäudeprogramm hinter dem Vorschlag des Bundesrats zurückgeblieben (energate berichtete).

Quelle: Energate Messenger 29.09.2023 <https://www.energate-messenger.ch/news/236884/staenderat-gegen-weitergehende-ladestationen-foerderung>

TA WIRTSCHAFT

Unternehmen & Konjunktur Geld & Recht Karriere Börse


Wirtschaft | Förderung der E-Mobilität: Mieter sollen Ladestation selber bezahlen

Subventionen für E-Mobilität

**Mietende sollen Ladestation für E-Autos selber bezahlen**

Der Bundesrat will den Ausbau von Ladeanlagen mit 180 Millionen Franken fördern. Der Ständerat bremst. Nun wollen Nationalräte den Plan retten – auch bürgerliche.

Stefan Häni  
Publiziert: 05.11.2023, 21:38



Ein Tesla wird in einer Tiefgarage aufgeladen. Foto: Dominique Hebenberg

Quelle: TA 6.11.2023 <https://www.tagesanzeiger.ch/foerderung-der-e-mobilitaet-mieter-sollen-ladestation-selber-bezahlen-238682705155>

Datum: 30.11.2023

**TagesAnzeiger**

Tagess-Anzeiger  
8002 Zürich  
044/266 44 11  
<https://www.tagesanzeiger.ch/>

Meldertyp: Print  
Ausgabe: Tages- und Wochenpresse  
Aufgabe: 107382  
Erscheinungsort: Es waldenstich

Seite 8  
Fläche: 7306 mm<sup>2</sup>

Auftrag: 0007120  
Themen-Nr.: 999222

Referenz: 0007120  
Auswahlnr. Seite: 1/2

**120 Millionen für die Verkehrswende**  
Ladeinfrastruktur für E-Autos Das Parlament streitet darüber, ob der Bund den Ausbau subventionieren soll. Ein Kompromiss soll den Plan des Bundesrats retten. Nun ist ein wichtiger Entscheid gefallen.

**Stefan Häni**  
Nun aber, in der Umweltkommission des Nationalrats, hat diese Allianz nicht mehr gespielt. Dem Vernehmen nach kam einzig aus der SVP breiter Widerstand gegen die Wiederaufnahme der Subventionen ins CO<sub>2</sub>-Gesetz. Der Beschluss erfolgte mit 16 zu 8 Stimmen.

Um das Klimaziel möglichst zu erreichen, will die Umweltkommission des Nationalrats die Rahmenbedingungen für die Elektromobilität verbessern. Ihr Rezept lautet: den Ausbau der Ladeinfrastruktur beschleunigen, und zwar mit Subventionen: das hat sie gestern mitgeteilt.

Konkret soll der Bund in den sechs Jahren von 2025 bis 2030 pro Jahr bis zu 20 Millionen Franken zur Verfügung stellen. Insgesamt 120 Millionen. Das Geld soll aus den Mineralölsteuereinnahmen kommen. Der Bundesrat wollte mehr Mittel sprechen, jährlich 30 Millionen, total also bis zu 180 Millionen Franken. Damit könnten pro Jahr etwa 15'000 Gesuche unterstützt werden. Mit der Variante der Kommission wären es also noch circa 10'000.

**Nachholbedarf in Mehrfamilienhäusern**  
Der Vorschlag der Kommission ist ein Rettungsversuch. In der Herbstsession hatte der Ständerat bei der Beratung des neuen CO<sub>2</sub>-Gesetzes die Fördergelder aus der Vorlage gestrichen. Es sei Sache von Privaten, Ladeinfrastruktur einzurichten, befand die Mehrheit der Ständeräte aus SVP, FDP und Mitte.

Die Kommission will die Fördergelder einsetzen, um Mehrfamilienhäuser, Betriebe und öffentliche Parkplätze mit einer Basisinfrastruktur für die Ladestationen auszurüsten. Laut Fachleuten herrscht speziell in Mehrfamilienhäusern Nachholbedarf. Mieter besitzen kein eigenes Haus und können damit nicht selber bestimmen, ob sie daheim eine Ladestation installieren. Weil es nach wie vor kein Recht auf eine solche Infrastruktur gibt, ist die Mieteersparnis vom Willen der Hausbesitzerinnen und -besitzer abhängig.

Die Kontroverse um die Fördergelder dürfte sich in den nächsten Wochen zuspitzen, weil die Elektromobilität ein Privileg sicher verlieren wird: Ab 2024 müssen künftige Besitzer von Elektroautos Automobilsteuern zahlen, wie der Bundesrat am Mittwoch beschlossen hat.

**Zügige Beratung zum neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz nötig**  
Der Nationalrat bereit wohl bereits in der anstehenden Winter-session das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz, mit dem die Klimapolitik von 2025 bis 2030 fixiert werden soll. Kommt das Geschäft zügig durch den Rat und ohne Referendum über die Ziellinie, lässt sich die drohende Regelungslücke ab 2025 wahrscheinlich verhindern. Das Gesetz hat zum Ziel, die Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 zu halbieren. Übers Ganze gesehen unterstützt die nationalräte Kommission den Bundesrat in vielen Punkten. Umstritten bleiben aber wichtige Elemente. Für Diskussionen sorgen dürfte insbesondere, ob die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe bei 120 Franken pro Tonne bleiben soll. Politiker aus dem linken grünen Spektrum wollen die Abgabe erhöhen. Anders die Bürgerlichen. Sie argumentieren nicht zuletzt mit der Abstimmung von 2021: Damals verwarf das Stimmvolk die Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes – und damit neue und höhere Abgaben.

**Neue Abgabe für Flüge von Privat- und Businessjets**  
Neu lanciert wird schliesslich eine weitere umstrittene Idee. Flüge von Privat- und Businessjets sollen mit einer Abgabe zwischen 500 und 3000 Franken pro Flug belegt werden. Dies, weil sie pro Kopf besonders hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Die Einnahmen sollen in Klimaschutzmassnahmen fliessen. Die Umweltkommission des Nationalrats hat sich mit 14 zu 9 Stimmen für diese Lösung ausgesprochen. Auch in diesem Punkt waren es dem Vernehmen nach in erster Linie SVP-Vertreter, die dagegenhielten. Erneut erfolglos.

Quelle: Tagesanzeiger 9.11.2023 <https://www.tagesanzeiger.ch/elektromobilitaet-120-millionen-fuer-eine-schnellere-verkehrswende-394430177158>



# ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK

## TAKE HOME MESSAGES

---

1. **Ziel: Netto Null** Treibhausgas-Emissionen bis **2050**
2. **Energie- und Klimapolitik sind eng miteinander verknüpft**
3. **Ambitionierte Zubau- und Verbrauchsziele** gesetzlich verankert
4. **Zahlreiche Massnahmen** zu Ausbau der erneuerbaren Energie und zur Stärkung der Versorgungssicherheit sind aufgegleist
5. **Elektrifizierung im Verkehr** spielt eine wichtige Rolle für die Erreichung der Verbrauchs- und Effizienzziele und bietet neue Chancen für eine netzdienliche Nutzung der Flexibilität und der Speicherkapazitäten der E-Fahrzeuge



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundesamt für Energie BFE  
Office fédéral de l'énergie OFEN  
Ufficio federale dell'energia UFE  
Uffizi federal d'energia UFE



**VIELEN DANK FÜR IHR  
INTERESSE**



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Bundesamt für Energie BFE  
Office fédéral de l'énergie OFEN  
Ufficio federale dell'energia UFE  
Uffizi federal d'energia UFE

# FRAGEN?



© shutterstock 17398291